



Aufwertung

Die dunkle Seite des Parks

Was die Stadt und eine Immobilienfirma in einem Bieler Park veranstalteten, erinnert an böse Science-Fiction. Dass Randständige vertrieben werden, ist in Schweizer Städten aber Alltag. Das Ziel – mehr Sicherheit und Sauberkeit – wird oft verfehlt. Doch es geht auch anders.



VON CHRISTIAN ZEIER (TEXT) UND PRISKA WENGER (ILLUSTRATIONEN)

In Biel gibt es einen Park, der hat zwei Seiten.

Die eine ist neu, hell, mit Rasen, Spielplatz und Café versehen – im Sommer sollen hier Kinder spielen, schreien und zu ihren Müttern im Bistro drüben rennen.

Die andere Seite des Parks ist alt, engräumig, schattig – hier sitzen im Sommer Erwachsene, jüngere und ältere, dichtgedrängt im Schatten der Bäume. Sie diskutieren und trinken Bier.

Mittendrin, zwischen den beiden Seiten, stand im vergangenen Sommer ein Zaun. Drei Monate lang.

«Man hat uns ausgesperrt und alles versucht, damit wir uns im Park nicht mehr wohlfühlen», sagt Christian Vukasovic rückblickend. «Aber wo sollen wir denn sonst hin?»

Der Bieler steht im Heuerpark, diesem kleinen Rückzugsort inmitten der Stadt, klein und unscheinbar, umgeben von vier Strassen. Seit 20 Jahren benutzten randständige Gruppen den Park als Treffpunkt. Dann kam die Aufwertung, die Teilung.

Begonnen hat alles im Sommer des letzten Jahres. Im Juni wurde bekannt, dass die Bieler Firma Roth Immobilien den Park auf eigene Kosten umgestalten will. Ein Geschenk an die Stadt, liess Firmenchef Ulrich Roth verlauten. Der sozialdemokratische Stadtpräsident Erich Fehr zeigte sich erfreut über die private Initiative – es sei wünschenswert, dass der Park wieder für verschiedene Gruppen attraktiv werde. «Der öffentliche Raum muss allen zugänglich sein», hielt er in einem Fernseh-Interview fest.

SURPRISE 371/16

Zwei Monate später stand Christian Vukasovic, ein schlaksiger Mann um die 40, im Heuerpark vor einem Zaun. «Sollte der Park nicht für alle zugänglich sein?», fragte der Bieler. Es war ein Dienstagnachmittag Anfang August, Vukasovic schaute hinüber auf die andere Seite, sprach ruhig, sachlich, aber mit Nachdruck. Er hatte ein Anliegen, das ihm keine Ruhe liess. Er wollte zeigen, wie der kleine Park verändert wurde. Und was diese Veränderungen mit den Menschen vor Ort anstellen. Mittlerweile war bekannt geworden, dass die Stadt mit der Firma Roth Immobilien eine Nutzungsvereinbarung über fünf Jahre abgeschlossen hatte und dieser bei der Gestaltung des Parks freie Hand

Für die Städte ist es eine Gratwanderung zwischen Sicherheit und Ausgrenzung. Was also tun, um diesem Dilemma zu entkommen?

liess. Die Lokalzeitung hatte berichtet – erstmals wurde der Vorwurf laut, der Zaun diene der Ausgrenzung der Randständigen. Immobilienunternehmer Roth wollte sich öffentlich nicht dazu äussern, und er schweigt bis heute.

Verschönerung mit Folgen

So schaute Christian Vukasovic durch das Gitter und sagte: «Wir möchten einfach nur hinüber auf den Rasen. So wie früher, das wäre schön.» Im Heuerpark kenne man sich, könne zu jeder Zeit kommen und mit jemandem sprechen. «Für viele ist das ein ganz wichtiger Teil ihres Lebens. Nur hier können wir sein, wie wir sind.» Doch nun war alles anders.



Die Bäume und Sträucher, die früher als Sichtschutz gedient hatten, waren ausgedünnt oder gefällt worden. Eine Überwachungskamera blickte über den Park – erst bei näherer Betrachtung entpuppte sie sich als Attrappe. Und: Im neuen Teil des Parks waren die Sitzgelegenheiten verschwunden. Sitzen konnte man nur noch im kleinen Bistro – dort, wo Konsumationszwang herrschte.

So blieben die Randständigen auf der dunklen Seite des Parks sitzen. Verschiedene Gruppierungen auf engem Raum, Menschen auf der Suche nach sozialem Kontakt, mit oder ohne Suchtkrankheiten. Sie wussten nicht mehr, ob sie den neuen Teil des Parks betreten dürften oder ob sie gleich weggewiesen und mit einem Verbot belegt würden. Öfters als früher kam es zu Reibereien.

Im Bieler Heuerepark zeigt sich in aller Deutlichkeit, was in der Schweiz seit Jahren vor sich geht. Aus zahlreichen grossen Städten der Deutschschweiz berichten Gassenarbeitende von gezielten Massnahmen gegen randständige Gruppierungen. «Es findet vermehrt eine subtile Verdrängung unerwünschter Personen aus dem öffentlichen Raum statt», heisst es vonseiten der Kirchlichen Gassenarbeit Bern. Neben Reglementierungen ist immer wieder die Rede von baulichen Massnahmen – die Beispiele sind zahlreich.

In der Bundesstadt wurden 2007 im Rahmen des Bahnhofumbaus Sitzgelegenheiten bei der Christoffel-Unterführung unzugänglich gemacht – eine Szene von 40 bis 50 Randständigen musste weichen. In Basel wurde 2009 die Theodorsgraben-Anlage umgestaltet – die Randständigen, die sich dort aufgehalten hatten, wurden verdrängt. Die Stadt Zürich liess 2011 einige der Sitzbänke und die fest installierten Pingpongische in der Bäckeranlage im Kreis 4 entfernen. Besorgte Eltern hatten sich über Randständige beschwert – die Szenen wurden so weit als möglich getrennt, ein Teil der Randständigen verschwand.

Es sind drei Geschichten von vielen. Geschichten, die sich hinsichtlich Lokalität und Protagonisten unterscheiden, die aber stets demselben Erzählstrang folgen: Die Behörden lassen Sitzgelegenheiten abmontieren, reduzieren Unterstände, entfernen schützendes Gewächs, Gratistoiletten, Abfallbehälter und fördern die kommerzielle Nutzung des Ortes – wenn möglich inklusive Konsumationszwang. Sauberkeit und Sicherheit sollen so verbessert werden, Gruppierungen werden verdrängt und die Probleme nicht selten verschoben – manchmal gar ver-

stärkt. «Weil es immer weniger Plätze gibt, wo sich die Gassenleute aufhalten können, müssen sie enger zusammenrücken», sagt Tobias Hochstrasser von der Basler Gassenarbeit Schwarzer Peter. Nicht nur die Gruppen selbst würden unter dieser Konzentration leiden – sondern auch Passanten, die sich vor grossen und lauten Ansammlungen fürchten.

Die Angst der Passanten

Auf dieses Dilemma sind auch Forscher der Universität Zürich gestossen. «Der öffentliche Raum wird immer stärker reglementiert, was zur Verdrängung randständiger Gruppierungen führt», sagt Corina Salis Gross, die 2009 eine breit angelegte Studie des Institutes für Sucht- und Gesundheitsforschung leitete. Hinter dieser Entwicklung stecke ein Bedürfnis nach Sicherheit und Sauberkeit, aber auch die zunehmende Kommerzialisierung des öffentlichen Raumes. «In Sachen Gesundheit hat die Reglementierung den betroffenen Personen durchaus etwas gebracht», so die Forscherin. So würden etwa harte Drogen dank der Schaffung von Anlauf- oder Kontaktstellen vermehrt in hygienischen und geschützten Räumen konsumiert. «Grundsätzlich führt das Vorgehen der Städte aber auch zu einem Platzmangel im öffentlichen Raum», so Salis Gross. Durch die Konzentration an wenigen Plätzen komme es vermehrt zu Konflikten, was sich auch auf die Wahrnehmung der Passanten niederschlage: Knapp 25 Prozent der in der Studie befragten

Trinker und Konsumenten harter Drogen würden am besten getrennt, indem man den Szenen Raum und Alternativen gewährt.

Personen gaben an, beim Anblick von randständigen Gruppierungen Angst oder Wut zu empfinden. Von Lärm und Verschmutzung über Diebstahl und Bettelei bis hin zu physischer Gewalt reichen die wahrgenommenen Belästigungen. «Für die Städte ist das eine Gratwanderung zwischen Vermittlung von Sicherheit und der Vermeidung von Ausgrenzung», sagt Salis Gross. Was also tun, um diesem Dilemma zu entkommen?

Die Forscher empfehlen einerseits simple Massnahmen – eine vereinfachte Umgehung der Treffpunkte etwa, zusätzliche Möglichkeiten zur Abfallentsorgung oder kostenlose Toiletten. Aber auch die aufsuchende Sozialarbeit könne zur Entspannung der Situation beitragen.



Und: Trinker und Konsumenten harter Drogen würden am besten getrennt, indem man den Szenen Raum und Alternativen gewährt.

Ein Beispiel für eine solche Entwicklung ist die Stadt Luzern. Nach jahrelangen Konflikten zwischen randständigen Gruppierungen, Bevölkerung und Behörden ist hier weitgehend Ruhe eingekehrt – nicht durch bauliche Massnahmen oder Verdrängung, sondern durch eine erhöhte Polizeipräsenz, die Wiedereinführung der aufsuchenden Sozialarbeit und Investitionen in die Kontakt- und Anlaufstelle. An bestimmten Orten habe die Stadt die Infrastruktur verbessert und zusätzliche Abfall-Container sowie Spritzenbehälter installiert, heisst es vonseiten der Kirchlichen Gassenarbeit. «Wir stellen fest, dass ein grosses Verständnis für die Situation unserer Klientinnen und Klienten vorhanden ist», sagt Gassenarbeiter Mathias Arbogast. Anliegen, die an Austauschsituationen eingebracht würden, fänden bei den Behörden Gehör.

Die Stadt Luzern bestätigt auf Anfrage, dass die Toleranz gegenüber Randständigen relativ hoch sei. Das habe mit dem Engagement der Überlebenshilfe und der Kirchlichen Gassenarbeit zu tun, aber auch mit der guten Zusammenarbeit zwischen der Polizei, der Einsatzgruppe Sicherheit Intervention Prävention (SIP) und den sozialen Institutionen. «Wir halten auch mal den Druck der Öffentlichkeit aus, um an unserer Linie festzuhalten», sagt Sicherheitsmanager Maurice Illi. Denn die Haltung der Stadt sei klar: «Solange sich die Randständigen an die Regeln halten, haben sie das gleiche Recht wie alle anderen, sich im öffentlichen Raum aufzuhalten.»

Der Zaun im Kopf

Auf ein solches Statement der Stadt wartet Christian Vukasovic noch immer. Während Wochen hat sich in Biel nichts geändert, der Zaun blieb stehen, die randständigen Gruppierungen hielten sich nur noch auf der dunklen Seite auf. Zusammen mit der Gassenarbeit Biel beschwerten sie sich bei der Stadt, die Gassenarbeit versuchte zudem, alle Parteien an einen Tisch zu bringen. Gekommen jedoch sind nur Vertreter der Stadt und der Gruppierungen vom Heuerpark – die Polizei und die federführende Immobilienfirma blieben dem Gespräch fern.

Also nahmen Unbekannte das Heft selbst in die Hand. Im September entfernten sie den Zaun teilweise und stellten hölzerne Sitzgelegenheiten in den neuen Teil. Im Winter dann, nachdem mehrere Zeitungen kri-

tisch berichtet hatten, reagierte auch die Immobilienfirma: Sie baute den Zaun ganz ab und vereinte so die beiden Teile des Parks wieder.

Seither habe es kaum Gelegenheiten gegeben, den Rasen zu nutzen, sagt Christian Vukasovic. «Kinder spielen aber hie und da auf der anderen Seite. Das Nebeneinander funktioniert gut», sagt er. So hofft der Bieler nun auf den Frühling – darauf, dass die Zäune auch in den Köpfen

**«Solange sich die Randständigen an die Regeln halten, haben sie das gleiche Recht wie alle anderen, sich im öffentlichen Raum aufzuhalten.»
Maurice Illi, Sicherheitsmanager der Stadt Luzern**

der Menschen einbrechen. Denn: Noch immer traut sich kaum einer aus der Gruppe, die dunkle Ecke zu verlassen. Die Teilung des Parks hat ihr Ziel nicht verfehlt. «Es ist traurig», sagt Christian Vukasovic. «Man hat den Leuten so lange ein schlechtes Gefühl gegeben, dass sie sich jetzt selbst als Fremdkörper sehen.»

Am meisten stört Vukasovic an der ganzen Sache, dass nie jemand auf die Idee gekommen ist, mit ihnen, den langjährigen Benutzern des Parks, zu sprechen. Auch in Biel gibt es eine SIP und Institutionen für Menschen in prekären Lebenssituationen – was aber deren Miteinbezug angeht, unterscheidet man sich deutlich von Luzern.

Dass die Leute vom Heuerpark viel trinken, dass sie ab und zu in die Büsche urinieren, dass hin und wieder auch harte Drogen konsumiert werden, das streitet Christian Vukasovic nicht ab. Zu Belästigungen von Passanten aber komme es kaum je. Man setze sich dafür ein, dass niemand blöd angemacht werde. «Es gibt bei uns nämlich durchaus Leute, die Verantwortung für Sicherheit und Sauberkeit im Park übernehmen möchten», sagt der Bieler. «Nur leider scheint das niemanden zu interessieren.» ■

Dieser Beitrag wurde von der unabhängigen Fachgruppe der GassenarbeiterInnen der Deutschschweiz FaGass in Auftrag gegeben.